

2903/J XXI.GP

Eingelangt am: 9.10.2001

### ANFRAGE

der Abgeordneten Heidrun Silhavy  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Soziale Sicherheit und Generationen  
betreffend polemische Briefe von Staatssekretär Dr. Reinhart Waneck

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger ist mit 13.8.2001 ein unterzeichnetes Schreiben des Staatssekretärs für Gesundheit Univ - Prof. Dr. Reinhart Waneck zugegangen.

In diesem Brief ist unter anderem festgehalten (Zitat):

*„...Stattdessen wurde jenes Medienspektakel abgefeiert, das Ihnen wohlbekannt ist.*

*Damit haben jene Herren, die dieses Spektakel veranstaltet haben, weder der Demokratie, noch der Gesundheitsversorgung einen Dienst erwiesen. Ich bedauere zutiefst, dass tausende ehrlich besorgte Menschen dazu missbraucht wurden, persönlichen Machtinteressen einiger weniger zu verteidigen. Das hat nichts mit der Aufrechterhaltung unseres Gesundheitswesens zu tun. Das ist schlicht und einfach Partei - und Machtpolitik, die den Boden unserer Konsensdemokratie längst verlassen hat. Auf der Straße werden wir unser komplexes Gesundheitssystem nicht reformieren können. Das können wir nur in Verhandlungen und Gesprächen mit ehrlich interessierten Fachleuten und Experten.*

*Ich appelliere daher an Sie, sich nicht als Spielball fremder Machtinteressen benutzen zu lassen. ... (Zitatende).“*

Dieses Schreiben veranlasst die unterfertigten Abgeordneten zur Feststellung, dass der Herr Staatssekretär sein Amt missbraucht, um parteipolitisch motivierte Agitation bei den Bediensteten der Österreichischen Sozialversicherung zu betreiben.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehende

**Anfrage:**

1. War der zitierte Brief mit Ihnen abgestimmt?
  - a) Wenn nein, welche Maßnahmen werden Sie im Rahmen Ihrer Ministerverantwortung gegenüber Ihrem Staatssekretär setzen?
2. Entspricht die Diktion „Medienspektakel“ auch Ihrem Demokratieverständnis, wenn maßgebliche Verfassungsrechtler (Prof. Funke, Prof. Öhlinger, Prof. Mayer) verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Vorgangsweise in Bezug auf den Hauptverband äußern?
  - a) Wenn nein, welche Konsequenzen werden Sie im Rahmen Ihrer Ministerverantwortung gegenüber Ihrem Staatssekretär setzen?
3. Wer sind die zitierten „Herren“, die nach Meinung Ihres Staatssekretärs dieses Spektakel veranstaltet haben?
4. Wie wurden tausende ehrlich besorgte Menschen dazu missbraucht, persönliche Machtinteressen einiger weniger zu verteidigen?
5. Sehen Sie das Vorlegen von Beschlüssen von obersten Gerichten (z. B. das Verwaltungsgerichtshofurteil, das Hans Sallmutter als Präsident des Hauptverbandes bestätigt hat) als Partei - und Machtpolitik, die den Boden unserer Konsensdemokratie längst verlassen hat?
  - a) Wenn nein, welche Maßnahmen werden Sie im Rahmen Ihrer Ministerverantwortung gegenüber Ihrem Staatssekretär treffen?
6. Wer sind die fremden Machtinteressen, die nach Meinung Ihres Staatssekretärs die Mitarbeiter der Sozialversicherung als Spielball benutzten?
7. Wie werden Sie künftig verhindern, dass Ihr Staatssekretär Dr. Reinhart Waneck seine Position nicht für polemische und parteipolitisch motivierte Briefe an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger missbraucht?

Beilage:

Univ.Prof.Dr. Reinhart Waneck

An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
des Hauptverbandes der Österreichischen  
Sozialversicherungsträger Wien,

13.08.2001

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

viel ist in den vergangenen Tagen und Wochen über die von der Bundesregierung eingeleitete Reform des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger berichtet und geschrieben worden. Dabei wurde nicht alles korrekt wiedergegeben. Daher möchte ich Sie als unmittelbar betroffene Mitarbeiterinnen persönlich informieren.

Wir befinden uns am Beginn eines neuen Jahrtausends. Vieles, das in der Vergangenheit gut und erfolgreich war, entspricht heute nicht mehr den Anforderungen der Zukunft. Dies trifft besonders auf unser Gesundheitssystem zu, an dem Sie entscheidend mitgearbeitet haben. Sie sind dafür verantwortlich, dass unsere österreichische Gesundheitsversorgung zu einer der besten der Welt zählt. Dafür gebührt Ihnen im Namen aller Österreicherinnen Dank und Anerkennung, die ich Ihnen hiermit aussprechen möchte.

Kein anderes System hat sich in den vergangenen Jahren so rasant entwickelt, wie die Gesundheitsbranche. Neue bessere Behandlungsmethoden, neue bessere Medikamente, neue bessere medizintechnische Geräte, neue revolutionäre wissenschaftliche Erfolge, wie etwa die Entschlüsselung des Genoms, die ungeahnte Wege in der Heilung von Krankheiten öffnen wird. Auf diese, für uns alle positiven, Entwicklungen muss eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik reagieren.

Wer ein gutes System erhalten möchte, muss es ständig verändern, das heißt an die neuen Gegebenheiten anpassen und für die Zukunft fit machen. Nichts anderes will die Bundesregierung mit der Reform des Hauptverbandes. Im Laufe der vergangenen Jahre und Jahrzehnte haben sich Strukturen gebildet, in denen effizientes Wirtschaften für den Versicherten nicht mehr möglich ist. Zu viele Entscheidungsträger blockieren einander gegenseitig - nicht aus Unwillen oder Unwissen - sondern schlicht und einfach aus dem Umstand heraus, dass sie in Ihrem System nicht mehr so operieren können, wie es in einem 140 Milliarden Schilling Unternehmen wie der Krankenversicherung notwendig ist. Dadurch entsteht

Frustration und letztendlich ein Nachteil für alle Österreicher, die sich auf ihre Gesundheitsversorgung verlassen.

Die Bundesregierung hat daher entschieden, dem Hauptverband eine neue Verwaltungsstruktur zu geben. Dazu ist Wochen und Monate, lang mit den Sozialpartnern verhandelt worden. In fast allen Punkten wurde Übereinstimmung erzielt, da auch den Sozialpartnern bewusst war und ist, dass unser Gesundheitssystem nur, gerettet werden kann, wenn Veränderungen stattfinden. Zu meinem größten Bedauern ist buchstäblich in letzter Minute die bereits fixierte Konsenslösung geplatzt, der alle Sozialpartner, also auch Gewerkschaft und Arbeiterkammer zugestimmt hätten. Stattdessen wurde jenes Medienspektakel abgefeiert, das Ihnen wohlbekannt ist.

Damit haben jene Herren, die dieses Spektakel veranstaltet haben, weder der Demokratie, noch der Gesundheitsversorgung einen Dienst erwiesen. Ich bedauere zutiefst, dass tausende ehrlich besorgte Menschen dazu missbraucht wurden, persönlichen Machtinteressen einiger weniger zu verteidigen. Das hat nichts mit der Aufrechterhaltung unseres Gesundheitswesens zu tun. Das ist schlicht und einfach Partei - und Machtpolitik, die den Boden unserer Konsensdemokratie längst verlassen hat. Auf der Straße werden wir unser komplexes Gesundheitssystem nicht reformieren können. Das können wir nur in Verhandlungen und Gesprächen mit ehrlich interessierten Fachleuten und Experten.

Ich appelliere daher an Sie, sich nicht als Spielball fremder Machtinteressen benutzen zu lassen. Helfen Sie auch weiterhin mit ein Gesundheitssystem aufrecht zu erhalten, das für alle Österreicher zugänglich bleibt. Eine Zweiklassenmedizin, wie dies immer behauptet wird, will in Österreich niemand, auch ich nicht. Ich will ein Gesundheitssystem, das auch in Zukunft jedem Österreicher - unabhängig von Einkommen und sozialem Status - die beste medizinische Versorgung bietet, die es gibt.

Wir müssen uns daher gemeinsam anstrengen, um diese hohen Anforderungen auch finanzierbar zu machen. Dabei zähle ich auf ihr Engagement und Ihr Fachwissen. Gemeinsam - mit Menschlichkeit und Kompetenz - werden wir es schaffen dieses für alle Österreicher so wichtige Ziel zu erreichen.